

# Die Literarische Praxis.

(Gesamtausgabe der vereinigten Zeitschriften: „Das Recht der Feder“ — „Die Literarische Praxis“ — „Der Autor“.)

Fachzeitung und Offertenblatt für Journalisten, Schriftsteller, Illustratoren und Verleger

Publikationsorgan des Verbandes Deutscher Journalisten- und Schriftsteller-Vereine. Offizielles Organ

(mit direkter Zustellung an jedes einzelne Mitglied)

des ‚Deutschen Schriftstellerverbandes‘, des ‚Deutschen Schriftstellerinnenbundes‘, des ‚Deutschen Lehrer-Schriftstellerbundes‘, des ‚Berliner Journalisten- und Schriftstellervereins (Urheberschutz)‘, des ‚Vereins Berliner Journalisten‘, des ‚Leipziger Schriftstellerinnenvereins‘, des ‚Württembergischen Journalisten- und Schriftstellervereins‘, des ‚Vereins Thüringer Presse‘, des ‚Journalisten- und Schriftstellervereins Nürnberg‘, des ‚Vereins Münchener Berufsjournalisten‘, des ‚Journalisten- und Schriftstellervereins zu Leipzig‘, der ‚Leipziger Journalisten und Schriftsteller-Krankenkasse‘, u. u.

Verleger: Hans Heilmann, Berlin-Friedenau, Hauffstr. 3, Telephon: Amt Friedenau 5298.

Herausgeber und Redakteur: Walter Grosse, Berlin-Charlottenburg II, Leibnizstr. 97.

Schluss der Redaktion und Inseratenannahme: 2 Werktage vor dem Erscheinen.

Die „Lit. Praxis“ erscheint am 1., 11. und 21. jeden Monats und kann durch alle Postanstalten und Buchhandlungen oder direkt vom Verlage bezogen werden. — Das Abonnement kostet für Deutschland sowie Österreich und Luxemburg M. 2,—, für das übrige Ausland M. 2,25 vierteljährlich im voraus. — Inserate werden zum Normalpreis von 30 Pf. für die 4 gespaltene Petitzeile berechnet (bei mehrmaliger Aufgabe nach Rabattskala), Stellengesuche und Arbeitsofferten von Schriftstellern, wenn beim Verlag aufgegeben, mit 10 Pf., wenn beim Vermittler aufgegeben, mit 15 Pf. pro Zeile; Beilagen mit M. 2,50 pro Tausend.

10. Jahrg.

Friedenau-Berlin, den 1. April 1909

Nr. 10.

## Alters- und Invalidenversorgung.

In Berliner Blättern wird nachstehende Mitteilung veröffentlicht:

„Der Verein Berliner Presse hielt am 24. März eine Versammlung ab. In dieser wurde der Vorstand beauftragt, einen Delegiertentag sämtlicher Berufsvereine der Schriftsteller, Journalisten und Redakteure einzuleiten, auf dem eine Verständigung mit den deutschen Verlegern über die Begründung einer Alters- und Invalidenversorgung der Journalisten angebahnt werden soll. Dieser Beschluss knüpft an den vor kurzem viel erörterten Fall des Prof. Karl Frenzel an, der nach jahrzehntelanger Tätigkeit als Redakteur der „Nationalzeitung“ plötzlich entlassen wurde. Der Vorstand des Vereins wurde ermächtigt, dem greisen Publizisten einen Ehrensold anzusetzen.“

Mit der Frage der Alters- und Invalidenversorgung hat sich schon der Verband Deutscher Journalisten- und Schriftstellervereine auf seinem Delegiertentage in Dresden (1907) beschäftigt. Damals erstattete einer der Delegierten des Vereins Berliner Presse, Direktor Otto Wenzel, das Referat über das Thema „Die soziale Fürsorge für Redakteure und Schriftsteller“; er wies nach, daß auf diesem Gebiete noch recht wenig geschehen sei. Im Anschluß an den interessanten Vortrag wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Der Delegiertentag bezeichnet es als dringende Notwendigkeit, daß jene Verleger, welche für ihre journalistischen Mitarbeiter nicht bisher schon in ausreichender Weise für den Alters- und Todesfall vorgesorgt haben, ihre Redakteure und dauernden Mitarbeiter, sowie deren Angehörige für den Alters- und Todesfall bei der Pensionsanstalt Deutscher Journalisten und Schriftsteller standesgemäß versichern.“

Es ist erfreulich, daß jetzt der Verein Berliner Presse die bedeutungsvolle Gelegenheit wieder aufgenommen hat und eine umfangreiche Agitation einleiten will. Der im Juni zu Breslau stattfindende Dele-

giertentag des Verbandes Deutscher Journalisten- und Schriftsteller-Vereine wird jedenfalls zu prüfen haben, auf welchem Wege das Ziel am Besten erreicht werden kann. Mit diesem Delegiertentage ließe sich sehr wohl eine Konferenz verbinden, an der auch die dem Verbands fernstehenden Berufsvereine sich zu beteiligen in der Lage sind.

Von unserer Seite ist schon zu wiederholten Malen darauf aufmerksam gemacht worden, daß man versuchen müsse, sobald als möglich zu einer Alters- und Invalidenversorgung zu kommen; liege doch die schon seit Jahren geplante Durchführung der Privatbeamtenversicherung durch Bundesrat und Reichstag noch im weiten Felde. Seit Annahme der Dresdener Resolution sind inzwischen nahezu zwei Jahre ins Land gegangen, ohne daß eine wesentliche Besserung eingetreten ist. Da sollte man denn nicht länger säumen, der dankenswerten Anregung des Vereins Berliner Presse Folge zu geben und die wirtschaftlichen Interessen unserer Kollegen wieder mehr als bisher in den Vordergrund zu rücken.



## Stellenvermittlung.

Ein empfindlicher Mangel, der unserer Berufsorganisation anhaftet, ist das Fehlen einer gemeinnützigen Stellenvermittlung für Schriftsteller und Journalisten. Man hat schon oft versucht, diese Lücke auszufüllen, aber es waren nur einzelne Verbände oder Vereine, die auf diesem Gebiete einen Erfolg zu erzielen bemüht waren. In der letzten Zeit ist namentlich der Verband der Rheinisch-Westfälischen Presse bestrebt gewesen, eine Stellenvermittlung für seine Mitglieder zu schaffen, und es sollen auch bereits günstige Resultate erreicht worden sein. Daß jedoch die Verwirklichung einer guten Stellenvermittlung recht schwierig ist, hat sich häufig genug gezeigt. Nicht einmal in der Reichshauptstadt, in der doch eine ganze Anzahl

von journalistischen und schriftstellerischen Vereinigungen existiert, ist es möglich gewesen, eine Zentralstelle für Stellenvermittlung ins Leben zu rufen.

Die Frage, wie eine solche Einrichtung zu treffen wäre, hat auch den Verband Deutscher Journalisten- und Schriftstellervereine schon mehrfach beschäftigt; ein praktisches Ergebnis ist jedoch bei den Verhandlungen nicht herausgekommen. Bisher wurde noch nicht bekannt, ob der Breslauer Delegiertentag die Beratungen über diese Materie wieder aufnehmen wird. Wünschenswert wäre es, daß der Gegenstand fortgesetzt im Auge behalten wird. Freilich wird sich erst dann etwas Brauchbares schaffen lassen, wenn erst eine ständige Geschäftsstelle des Verbandes besteht, deren Errichtung immer wieder hinausgeschoben worden ist. Die Einwendungen, die gegen eine derartige Institution erhoben wurden, gehen namentlich von der Erwägung aus, daß die jetzige Organisation des Verbandes gleichsam einen demokratischen Charakter besitze und in der wechselnden Geschäftsleitung ein großer Vorzug liege. Wir glauben nicht, daß diese Ansicht auf die Dauer beibehalten wird. Das Beispiel zahlreicher anderer Berufsorganisationen lehrt, daß bei einer „Regierung im Umherziehen“ die Verbandsarbeiten leiden müssen, und es ist deshalb das Ziel jener Organisationen gewesen, sich ein festes Domizil, ein eignes Heim zu sichern. Es läßt sich in vielen Fällen ziffernmäßig feststellen, daß der Aufschwung, den ein Verband nahm, mit der Zeit einsetzte, in welcher man zu einer ständigen Verwaltung überging.

Ist erst eine ständige Geschäftsstelle vorhanden und hat sich der Verband Deutscher Journalisten- und Schriftstellervereine immer mehr ausgebreitet, dann wird der Errichtung einer gemeinnützigen Stellenvermittlung kaum noch von einer Seite Widerstand entgegengesetzt werden. Später könnte man dann an die Stellenvermittlung auch eine Arbeitsvermittlung angliedern. Beide sind für einen großen Teil unserer Kollegen so notwendig wie das tägliche Brot.